



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eimer, Manfred: Unsere mangelhafte politisch-nationale Organisation

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Unsere mangelhafte politisch-nationale Organisation

Von Dr. Manfred Eimer



Es ist jüngst in der Stuttgarter Presse der Wunsch laut geworden, daß nach dem Muster des französischen „Journal officiel“ ein billiges deutsches Orientierungsblatt herausgegeben werde, welches die reichsamtlichen Verordnungen, die vom Reichstag verabschiedeten Gesetze und den stenographischen Wortlaut der im Parlament gehaltenen Reden in kürzester Zeit jedermann zugänglich machen würde. Zweifellos verdient diese Anregung nachdrückliche Unterstützung. Erstens ist es ein Mißstand, daß der an der deutschen Politik und Gesetzgebung Interessierte zumeist auf die oft höchst unzulänglichen Berichte in der Tagespresse angewiesen ist und daß daher oft ein falsches Bild, zum mindesten ein vielfach ziemlich lückenhaftes und willkürlich zurechtgestutztes Bild verbreitet wird; zweitens wirkt es viel unmittelbarer und daher erzieherisch, wenn man den authentischen Wortlaut zur Verfügung hat. Drittens sind die Verhandlungen auf der Reichsbühne doch nicht nur das Privilegium der Abgeordneten, sondern auch das der Wähler.

Wir Deutsche haben es wahrlich nötig, uns mehr selbständiges Urteil zu verschaffen und das allgemeine Interesse an den Vorgängen im Reichstag zu vertiefen. Die jetzige Art der Behandlung der Dinge in der Tagespresse ist aber eher geeignet, dies Interesse zu verringern. Wie oft steht der Leser vor einem ungeklärten Etwas, in das er nicht eindringen kann, weil die Berichterstattung die große Ungeschicklichkeit begehrt, bei den Verhandlungsberichten das Thema hinterm Berg zu halten, nur von Antrag A und Gegenantrag B zu sprechen, oder von § x und § y, ohne zu erwähnen, was der Inhalt dieser Anträge und Paragraphen ist! Dieser unmethodische Brauch ist gerade bei den wichtigen Verfassungsdebatten oft ganz empfindlich zu verspüren gewesen. Auch hier sollte künftig eine anders gestaltete Manier der Presseberichterstattung in Aufnahme kommen. Zumal wenn ein Antrag längere Zeit zurückliegt, ist es überaus schwierig, ohne Wiederholung des Inhalts bei der Verhandlung selbst diese richtig zu würdigen; ja, wenn in der Kommission inzwischen ein Abänderungsantrag beschlossen worden ist, so ist es dem Außenstehenden geradezu unmöglich, die Vorgänge im Parlament und die Tragweite der Beschlüsse zu würdigen. Daß jedermann hierzu imstande sein soll, ist aber ganz gewiß eine dringende und zeitgemäße Forderung.

So wünschenswert es aber ist, die Selbstorientierung und die Selbständigkeit der Kritik des einzelnen zu fördern, so wünschenswert wäre es andererseits, daß auch seitens der Reichsregierung eine Einrichtung geschaffen würde, die es ermöglichte, das ganze Volk in bestimmter Weise aufzuklären, oder Teile desselben in einer Richtung zu belehren, die dem deutschen Allgemeininteresse entspricht. Ein politisches Orientierungs- und Aufklärungsbureau fehlt in Deutschland, und ein solches wäre nicht nur für die Aufzuklärenden gut und nützlich, sondern auch für die Reichsregierung selbst.

Ich möchte das an zwei praktischen Beispielen erläutern, an der Lebensmittelversorgung im Kriege und an dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Über die Lebensmittelversorgung, bzw. die Zentralisation durch das Reichslebensmittelamt im Kriege (Vatoki) gehen die Meinungen straks auseinander. Die einen haben die Zentralisation von Anfang an bekämpft und sind dabei geblieben (z. B. im Stuttgarter Gemeinderat); andere sind der Meinung, daß ohne Zentralisation überhaupt nicht durchzukommen gewesen wäre.

Die Gegner der Zentralisation, welche sie noch heute für schädlich erklären — auch in Baden geschieht das mit Vorliebe — verkennen, daß die Stimmung gegen diese Maßnahme von vornherein da war, weil dies Reichsamt seinen

Sitz in Berlin hatte, und weil in dieser Magenfrage sofort partikularistische Triebe lebendig wurden. Der Egoismus des Magens hat da verwüstend gewirkt, und nicht nur sofort vollständig falsche Vorstellungen erzeugt (Angst um das liebe Ich an erster Stelle), sondern diese falschen Vorstellungen auch aufrecht erhalten und alle deutsche Brüderlichkeit zunichte gemacht. Drohbriefe aus Württemberg empfangen Batocki in seinem Amtszimmer, und es ging — und geht auch noch heute — in ganz Süddeutschland unausrottbar die Sage, „Preußen“ müßte von Süddeutschland mit allem möglichen „verhalten“ werden. Es ist nachgewiesen, daß dies nicht der Fall war, daß sehr viele wichtige Lebensmittel nach Süddeutschland aus Norddeutschland hereinbefördert worden sind, ohne die der Süden, dem es ja z. B. mit Fleisch recht gut ging, brotlos geworden wäre. Andererseits wäre es ebenfalls nur eine Frage der Aufklärung gewesen, zu zeigen, warum die im Norden viel zahlreicheren Großstädte und die im Süden ganz unbekannteren gewaltigen norddeutschen Industriebezirke am Verhungern waren. Es war ferner nur Sache gutwilliger und einsichtiger Aufklärung, nachzuweisen, warum der Süden trotz fast völligen Mangels an Kohlenlagern nicht erfroren ist, d. h. wie notwendig die Unterstützung der hungernden Bergwerksdistrikte aus dem Inhalt süddeutscher Speckkammern war, um im Austausch Kohle und überdies auch Salz zu erhalten. Eine vernünftig organisierte Aufklärung hätte zweifellos viel partikularistisches Unheil verhütet. Statt dessen ließen sich die Einzelregierungen von der gehässigen, blinden Volksstimmung leiten, und schließlich ging Batocki vom Amte weg, weil die aus Berlin kommenden Lebensmittelkontrolleure in den Einzelstaaten fast umgebracht wurden und weil die Widerstände der Einzelregierungen gegen seine Maßnahmen so groß waren, daß er sein Amt nicht fortführen konnte. Noch heute, z. B. bei den Vorfragen der Erzbergerschen Steuereinheit, tauchte es wieder auf: keine Reichsteuerbeamten aus Preußen! Wir haben noch genug von den Lebensmittelkontrolleuren! Und zwar gibt es Leute in ganz angesehener Stellung, die genau in dasselbe Horn blasen, die Zentralisation während des Krieges noch heute als ein großes Übel schelten, aber niemals sagen, wie es denn ohne diese hätte gehen sollen, auch in bezug auf Kohle und Salz in Süddeutschland. Do ut des! Dieser einfache Grundsatz, der dem ganzen zugrunde lag, wird von diesen Partikularisten noch heute verkannt, obgleich er aus den verschiedensten Gründen der einzig mögliche war. Man konnte von den Bergleuten im Kohlen- und Salzgebiet doch nicht verlangen, daß sie für kohlens- und salzlose deutsche Landschaften arbeiten sollten, die sie kalten Herzens wollten Hungers sterben lassen, aber dennoch nach Brennmaterial für den Winter und für die Eisenbahnen schreien!

Es mag zur Illustration des wahren Inhalts der Verneinung des praktischen Wertes der zentralisierten Lebensmittelversorgung während des Krieges ihren Segnern nunmehr die Frage entgegengehalten werden, wie sie sich die Verhältnisse in Deutschland — sei es nun hinsichtlich der Lebensmittel- oder der Brennstoffversorgung — angesichts der uns bevorstehenden Schrecken des kommenden Winters eigentlich vorstellen? Will z. B. der Stuttgarter Gemeinderat, der so viel böses Blut in Württemberg gegen die „Diktatur“ des Herrn v. Batocki erweckte, die Lebensmittel für sich behalten, auf Kohlenlieferungen jedoch verzichten? Do ut des! Ich glaube, der Stuttgarter Gemeinderat wird mit allen Fingern nach den Quoten preußischer Kohle greifen, die er für Württemberg und Stuttgart einfach — „beansprucht“! Damit ist aber auch die Berechtigung der Kriegswirtschaft in Beziehung auf die Lebensmittel erwiesen, der gegenüber jede Aufklärung, wo nicht geradezu böswillig, so doch mindestens überaus kurzfristig seitens der Einzelregierungen geblieben ist!

Es steht als Ergebnis dieser bedauerlichen Tatsache fest, daß in Deutschland jede Vorbereitung auf eine Zentralisation gegenüber den partikularistischen zentralen Neigungen und Strömungen für den Notfall gefehlt hat. In genau dem gleichen Mißstand befinden wir uns aber auch gegenüber den Erscheinungen, welche der Grundsatz der „Selbstbestimmung der großen und kleinen Nationen“ ausgelöst hat.

Es ist ganz klar, daß dieser pompöse Grundsatz nur in bezug auf gewisse Gebiete erfunden worden ist, und es läßt sich sehr darüber streiten, ob die bedingungslose Annahme desselben durch die deutsche Diplomatie und den Reichstag nicht ein schwerer Hereinfall war. Wir sehen, daß er auf Irland und Ägypten nicht angewandt wird, daß er in bezug auf Südtirol, Deutsch-Böhmen und Danzig mit Füßen getreten, aber zugunsten der nichtdeutschen Völkerschaften des früheren Österreich-Ungarn bis ins allerkleinste gehandhabt wird, und daß er überdies hauptsächlich zugunsten Frankreichs (Elsaz-Lothringen) und Polens (Posen, Westpreußen, Oberschlesien) von unsern Feinden als heiliger „Grundsatz“ der Welt aufdikiert wird. Die Einseitigkeit dieser Behandlung ist weltkundig. Aber ungeschweht wird dieser Grundsatz gegen Deutschland von unseren Feinden, unter denen Rom immer deutlicher hervortritt, ausgenützt. Er bedroht den Bestand des Deutschen Reiches auch innerhalb der ihm durch den Frieden belassenen Gebiete aufs deutlichste. Er beginnt auch sonst in den durch den Krieg niedergeworfenen Gebieten mächtig zu werden. Wir meinen damit nicht eigene Nationalitäten, wie in den baltischen Ländern, sondern Gebiete, wie z. B. Borarlberg, welches sich von den bisher ihm verbundenen Tirolern plötzlich trennen möchte, um ein Schweizer Kanton zu werden, und das Rheinland und die Pfalz, welche die bedenklichsten Extratouren machen, gestützt auf dies Selbstbestimmungsrecht „der großen und kleinen Nationen“.

Dabei geht völlig verloren, daß es sich im Grunde bei diesem Selbstbestimmungsrecht nicht darum handelt, daß sich ein beliebiger Teil eines Volkes von diesem lösen kann, wenn es ihm eines Tages so einfällt, oder wenn es durch irgendwelche heimtückische Mächenschaften Versführern ohne Charakter und völkisches Bewußtsein anheimfällt, sondern daß dies Selbstbestimmungsrecht eine freiwillige Befreiung von Fremdherrschaft und zwar namentlich von völkisch fremder Herrschaft bedeutet. Unter diesem Schein ist Elsz-Lothringen von unsern Feinden als französisches Volksland betrachtet worden; so ist Deutsch-Polen losgelöst worden; so soll Oberschlesien „frei“ über sich verfügen (eine Lüge um die andere; das schadet aber den Humanitätsaposteln, auch bei den Neutralen, gar nichts); daß aber nicht die Loslösung sprachlich verwandter oder völkisch blutsverwandter Landesteile gemeint war, ist sonnenklar. Dennoch grassiert das Selbstbestimmungsfeber, unterstützt durch finstere, schwer zu fassende Mächte, unterstützt auch ganz offen durch die Begünstigung jeder undeutschen Regierung und die Unterdrückung jeder deutschnationalen Befundung in den besetzten deutschen Gebieten. Es regt sich hier und dort; auch in Hessen unter der Begünstigung der preußenfeindlichen Regierung, in Hannover, im klerikalen Bayern. Aber wo regt sich, der nationale Impuls, diesen Dingen zu begegnen?

Überaus schwächliche Leitartikel, meist rein betrachtender und berichtender Natur, sind das Höchste, was geleistet wird. Man denke sich einmal eine französische, tschechische oder italienische Zeitung, wenn nur ein Dorf Miene machte, sich dem Nachbarlande zuzuwenden! Welch ein nationales Treibjagen würde gegen dieses Dorf losgehen! Wie würden die Beamten abgesetzt, wie würde die Bevölkerung mit nationalen Leuchtkugeln bombardiert und wie würde nicht alles darangesetzt, dies närrisch gewordene Dorf zur Besinnung zu bringen? Bei uns handelt es sich manchmal um Dörfer, aber leider meistens um Großstädte, Provinzen und Industriebezirke ersten Ranges, die sich loszulösen anschicken, und gegen die eine nationale Propaganda auch dann kaum zu bemerken ist, wenn sie uns erreichbar sind, d. h. nicht im Bereich der feindlichen Besatzungsgenerale liegen.

Hier geht es genau wie bei der Lebensmittelfrage: es fehlt jede organisatorische Propaganda, jedes autoritative Eingreifen. Es steht demnach jedem Einzelstaat und jeder Provinz frei, Landesverrat zu üben, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts „der Nationen“, welches bei uns den bezeichnenden Weg geht, daß die Einzelteile sich von der Nation wegorientieren, wodurch der an sich ganz annehmbare Grundsatz zum Unsinn und zum nationalen Unglück wird.

Wie kommt es, daß dem nicht gesteuert wird?

Liegt das allein an der Revolution, an unserer Haltlosigkeit infolge der Kriegsleiden und des Zusammenbruchs? Manches ist daraus zu erklären und leider auch aus der Steuerangst. Aber das Grundübel ist doch der partikularistische Geist des ganzen Reichswesens, wie er 1871 nicht beseitigt werden konnte. Ohne diesen Geist wäre die Leichtigkeit der Abspaltung, dieses Gefühl der Erleichterung, Gelegenheit zu haben, selbständig und „autonom“ zu werden und dem größeren Verband des Vaterlandes zu entfliehen, gar nicht zu erklären.

Diesem partikularistischen Geist aber, der auch das Kennzeichen für die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung war, fehlt das nötige Gegengewicht. Das Reich nimmt nur zarte Rücksichten auf ihn; es hat keine Handhabe, ihm wirksam zu begegnen. Daher aber macht es auch keine Anstrengungen in dieser Richtung, und was in anderen Nationen als ein ungeheuerliches Unglück und als Verbrechen Sturm um Sturm hervorrufen würde, wird bei uns mit pedantischer Objektivität womöglich noch als begreiflich verteidigt, zum Teil auch mit hämischer Freude verteidigt, weil es dabei ja vielfach Preußen an den Kragen geht. Die deutsche Gehässigkeit geht dabei unbedenklich den Weg, den unsere Feinde als den für sie allergünstigsten protegieren und zu ebnen suchen. Das Reich ist demgegenüber passiv. Ein heftiger Minister erklärt: „Wir fragen niemand um Erlaubnis!“ und in der Nationalversammlung tönt ihm kein einziges Wort über dieses Bekenntnis zur Deutschland tief treffenden Absage an die Reichsgemeinschaft entgegen! Die Einzelstaaten üben das Selbstbestimmungsrecht aus. Deutschland sieht zu; die Entente und Rom triumphieren. Es fehlt an jeder sozusagen polizeilichen Organisation im nationalen Sinne in Deutschland. Das ist ein schwerer Fehler. — Aber die neueste Zeit erlaubt da vielleicht doch etwas mehr Autorität des Reichs? Die Extratouren und Bodsprünge sollten doch nicht gar so leicht gemacht werden! Der Bau des Reichs ist, in normale Zeiten hineinversetzt, doch so viel fester geworden, es ist so vieles mehr „reichseigen“ geworden, als früher, daß die Autorität des Reichs auch zu einer Organisation den Mut fassen könnte, der Strömungen und Äußerungen, die sich als national schädlich erweisen — seien es nun Vohrungen von außen her oder partikularistische Schwären von innen heraus — entsprechend begegnet; aufklärend, und unter Umständen nachdrücklich und von oben her.

Es gibt wohl keinen Staat auf der Erde, der solche Erscheinungen, wie sie hier geschildert wurden, zu seinem Schaden auf sich beruhen ließe. Jeder Staat hat die Pflicht, solche Schäden zu studieren und die Mittel zu erdenken, wie ihnen am besten beizukommen ist. Nur das Deutsche Reich hat seiner Struktur zuliebe auf dies Vorrecht, das im Wesen eines Staates nach dem Prinzip der Selbsterhaltung ganz natürlich begründet ist, bisher verzichten müssen. Das Reich muß zusehen, wie die Einzelstaaten es treiben. Das ist natürlich so unpolitisch wie möglich, und die Folgen haben sich gezeigt, sobald unnormale Verhältnisse eintraten.

Um dem aber so rasch wie möglich den Garaus zu machen und die Gefinnungslosigkeit und die Auflehnung gegen das nationale Wohl gerade in schweren Zeiten zu bekämpfen, bedarf es der bewußten Einsicht in diese widerstrebenden und oft so leichtfertig feindseligen Strömungen und Vorstellungen, bedarf es der Sammlung solcher Anzeichen und deren Niederdrückung durch offene Aussprache darüber zwischen den einzelnen Faktoren der Länder und der Reichszentrale. Durch ängstliche Schonung, wie sie bisher aus Unantastbarkeit der „inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten“ seitens des Reichs üblich war, kommen wir nicht vorwärts, fördern wir auch das gegenseitige Verständnis nicht und beseitigen die Krebschäden nicht, als welche sich die einzelstaatlichen Gehässigkeiten und Lösungsbestrebungen immer deutlicher seit 1915 gezeigt und erwiesen haben.

Eine Reichsbehörde zum Studium der inneren Festigkeit und zur Aufklärung im Reichsinteresse täte bitter not. Sie würde, einmal auf die richtige Spur gebracht und mit dem nötigen Zeitungsmaterial versehen, eine überaus reichhaltige Tätigkeit zu entfalten haben, und viel Torheit und gefährliche Sonderstreberei

würde durch entsprechende autoritative Belehrung und Widerlegung gestützt werden; auch durch Vorträge und national fördernde Darbietungen anderer Art, z. B. Ausstellungen, könnte diese Anstalt überaus kräftigend und belebend wirken.

Diese Aufklärungszentrale müßte eine Abzweigung einer Zentralbehörde sein, die das Reich noch nicht besitzt, nämlich einer Reichskulturzentrale. Nicht Kultus, sondern Kultur. Diese Reichskulturzentrale müßte einerseits das Gegenteil von der besonders in Süddeutschland so gefürchteten Kulturzentralisation sein. Sie müßte eine Stelle im Reich sein, die ein Sammelpunkt für alles kulturelle Sonder- tum wäre, um dies verstehen zu lernen und zu lehren. Im letzteren Sinne, als befehlender Faktor, wäre diese Kulturzentrale politisch nicht ein sozusagen polemisches, Unfrieden stiftendes Institut, sondern im Gegenteil eine Einrichtung, deren vornehmste Aufgabe es wäre, gegenseitiges Verstehen und Gewährenlassen in Deutschland von Land zu Land und von Stamm zu Stamm zu fördern und zu fordern. Es würde sich um verständige Aufklärung handeln müssen, die Vorurteile abweist, Irrtümer beseitigt, den Patriotismus hebt und stärkt. Zu diesem Zweck dürften die Beamten dieser Aufklärungszentrale freilich keine Amtsmenschen, vor allem keine Bureautraten sein. Es müßten deutsche Männer von weitem Horizont sein, namentlich auch solche, die selbst über Vorurteile und politische Kleinlichkeit erhaben sind, die Deutschland in seinen Teilen und Völkern, in Charakteren und Eigenarten kennen, und die auch in der Reichs-, Stammes- und Landesgeschichte, in der Kulturgeschichte und in den Mundarten bewandert sind. Mit einem Wort, die praecceptores Germaniae, die dort vereinigt würden, müßten die gewöhnlichen Politiker und Parlamentarier, wie sie uns beschert zu sein pflegen, in manchem weit überragen. Eine solche nationale Organisation ist ein Bedürfnis. Wer es mit Deutschland ehrlich meint, wird dem nicht widersprechen können. Aber es fehlt uns bezeichnenderweise eben noch der Kern der Sache: ein Reichskulturministerium.

General Ludendorff als Persönlichkeit

Nach seinen Kriegserinnerungen

Von Dr. Mag v. Szcepanski



Im Mittelpunkte der zahlreichen Veröffentlichungen aus den Tagen des großen Völkerkampfes stehen augenblicklich die Kriegserinnerungen des General Ludendorff.¹⁾ Das Lesen des Buches ist ein Erleben: wie eine Symphonie von gewaltiger Wucht und von tragischem Ernst stürmt der Inhalt auf den Leser ein, eine Symphonie, welche das Ringen eines Mannes mit seinem Schicksal und mit dem Schicksal seines Volkes wiedergibt.

Als Vorspiel haben wir da den Tag von Bütlich, an dem der junge General die wertvolle Erfahrung des Kampfes inmitten der Truppe, die glückliche Gelegenheit zu entscheidendem Eingreifen als Führer im Felde, die erste heißersehnte und heißerworbene Siegesfreude findet: es ist der helle Klang der ersten Bewährung dieser Persönlichkeit als Kriegsmann — und dieser Bewährung folgt alsbald eine neue Berufung, aber nicht als Truppenführer, sondern auf das Gebiet der Heerführung. Der damit einsetzenden zweijährigen Tätigkeit als Chef des Generalstabes im Osten mit ihrer fast von Monat zu Monat sich erweisenden Steigerung der Aufgaben und der geistigen Kraftäußerung gilt der erste breite Satz dieses schriftstellerischen Tonwerks. Der großartige zweite Satz, der die Zeiten als Erster Generalquartiermeister, also vom 29. August 1916 bis zum 26. Oktober 1918 schildert, ist vielfach als Furioso komponiert und wird besonders in dem Abschnitt über die Grundlage der

¹⁾ Berlin, E. S. Mittler u. Sohn. Geb. 33.— M.